

# Türkei

## Günter Seufert

Die regierende Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) ist heute weiter als je zuvor in ihrer fast zehnjährigen Amtszeit von einer Orientierung auf die Europäische Union entfernt. Doch in den Augen der Zivilgesellschaft, die lange darauf hoffen konnte, dass der türkische Reformprozess auch ohne Brüsseler Anleitung voranschreiten werde, gewinnt die EU erneut Bedeutung für das Land. Die „positive Agenda“ der Europäischen Union kommt deshalb zur rechten Zeit.

### **Die Stimmung in der AKP: Strotzendes Selbstbewusstsein eines Modellstaates im Nahen Osten**

Am 30. September 2012 lässt sich der türkische Premierminister Recep Tayyip Erdogan auf dem Vierten Ordentlichen Parteitag seiner AKP in Ankara als „ein Führer der Islamischen Welt“ feiern.<sup>1</sup> Die lobenden Worte kommen von Halid Maschal, Vorsitzender der palästinensischen HAMAS. Der Palästinenser nahm als Gastredner auf dem Parteitag freilich nur den Faden auf, den Erdogan zuvor selbst gelegt hatte, als er zum Beginn seiner Rede Grußbotschaften nach Mekka und Medina, die heiligen Städte des Islam, nach Jerusalem, nach Baku und nach Beirut sandte und die Türkei als eine Art Schutzmacht der Länder des Nahen Ostens und Nordafrikas präsentierte.<sup>2</sup> Zu dieser großen außenpolitischen Mission des Landes passt Erdogans gewandeltes historisches Verständnis. Geht es nach ihm, soll seine AKP das Land nicht nur bis 2023 regieren, dem Jahr, in dem sich die Republikgründung zum hundertsten Male jährt, sondern bis 2071. Dann sind es tausend Jahre, seit ein türkisches Heer erstmals die Byzantiner schlagen und sich in Anatolien festsetzen konnte. Entsprechend stellt sich Erdogan heute in eine Reihe mit seldschukischen und osmanischen Sultanen, aber auch mit konservativen Politikern der Republik, darunter Necmettin Erbakan. Erbakan war der einzige offen pro-islamische Ministerpräsident der Türkei, das türkische Militär zwang ihn 1997 zum Rücktritt.<sup>3</sup> Europa nannte Erdogan in seiner Rede nur noch als den Hort engstirniger Islamophobie, und in der Broschüre der AKP mit dem Titel „Vision 2023“ kommt die Europäische Union nur unter ferner liefen vor.<sup>4</sup> Kein Wunder, dass auf dem Parteitag ausschließlich Gastredner aus dem Nahen Osten sprechen konnten: der neue ägyptische Präsident Muhammed Mursi, die graue Eminenz der islamischen Nahda-Bewegung Tunesiens Raschid Al-Gannuschi, der Palästinenser Halid Maschal und der Präsident des kurdischen Teilstaats im Nordirak Masud Barsani.

---

1 Website der Zeitung Radikal, <http://www.radikal.com.tr/Radikal.aspx?aType=RadikalDetayV3&ArticleID=1102304&CategoryID=77>, Zugriff 1.10.2012.

2 Website der Zeitung Radikal, <http://www.radikal.com.tr/Radikal.aspx?aType=RadikalYazar&ArticleID=1102314&Yazar=DENIZ-ZEYREK&CategoryID=98>, Zugriff 1.10.2012.

3 Website der Zeitung Radikal <http://www.radikal.com.tr/Radikal.aspx?aType=RadikalDetayV3&ArticleID=1102308&CategoryID=77>, Zugriff 1.10.2012.

4 Website der Zeitung Milliyet, <http://dunya.milliyet.com.tr/kongrenin-dis-politika-mesajlari/dunya/dunyayazar-detay/02.10.2012/1605289/default.htm>, Zugriff 4.10.2012.

## Verhärtung des Kurdenkonflikts

Ganz anders als auf dem Parteitag ist die Stimmung in breiten Teilen der türkischen Zivilgesellschaft. In den mehrheitlich kurdisch besiedelten Regionen, in denen die AKP bei den letzten Parlamentswahlen 2011 noch circa 50 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen konnte,<sup>5</sup> hat der Regierungspartei gegenüber eine große Ernüchterung eingesetzt. Ihre lokalen Vertreter sprechen bereits jetzt von einer Niederlage gegen die prokurdische Friedens- und Demokratiepartei (BDP), die bei der Kommunalwahl im Oktober 2013 zu erwarten sei.<sup>6</sup> Die AKP hat es bisher nicht vermocht, eine stringente Kurdenpolitik zu entwickeln, die die Gewährung kultureller und politischer Rechte der Kurden garantiert und damit den Terroranschlägen der PKK (Arbeiterpartei Kurdistans) die politische Legitimität entzieht, welche diese in den Augen großer Teile der kurdischen Bevölkerung heute mehr denn je besitzen. Vertrauliche Verhandlungen, die der türkische Geheimdienst sowohl mit der militärischen Leitung der PKK in den irakischen Kandil-Bergen als auch mit dem in der Türkei inhaftierten Führer der PKK Abdullah Öcalan führte, wurden im Juli 2011 abgebrochen, nachdem die PKK während der laufenden Gespräche 13 türkische Soldaten getötet hatte. Seit diesem Zeitpunkt hat sich die Spirale der Gewalt schnell weiter gedreht, und vom 14. Juli 2011 bis 1. Oktober 2012 kamen nach amtlichen Angaben bei den Kämpfen 720 Personen,<sup>7</sup> meist Militante der PKK und türkische Soldaten, ums Leben. Die Verhärtung der Politik schlägt sich auch in schärferen Urteilen der Justiz nieder. Anfang Oktober 2012 befinden sich 31 Bürgermeister und 226 gewählte Kommunalpolitiker der BDP, die als ziviler Arm der PKK bezeichnet werden muss, in Straf- oder Untersuchungshaft.<sup>8</sup> Ihnen wird vorgeworfen, sich im Auftrag der PKK am Aufbau paralleler Verwaltungsstrukturen in den mehrheitlich von Kurden besiedelten Gebieten beteiligt zu haben. Die Gesamtzahl der in diesen so genannten KCK-Verfahren Verurteilten und Verhafteten ist um ein Vielfaches höher. Der Kurdenkonflikt ist auch die hauptsächliche Ursache für die große Zahl von inhaftierten Journalisten in der Türkei. Mehr als 90 Prozent der 104 Journalisten, die sich im März 2012 in Haft befanden, waren der Mitgliedschaft in der PKK oder der KCK angeklagt.<sup>9</sup> In diesem Klima umfassender Repression können im Grunde positive Reformen der AKP, wie die Einführung von Kurdisch als Wahlfach zum Schuljahresbeginn 2012/2013, die Eröffnung von kurdologischen Instituten an einer Reihe von Universitäten, die Erlaubnis, Kurdisch in der politischen Propaganda zu benutzen sowie die Freigabe des Kurdischen für den privaten und öffentlichen Rundfunk, nur geringe Wirkung entfalten. Aktuelle Ankündigungen der Regierungspartei, eine neue Gesprächsrunde mit der PKK zu starten und gleichzeitig das Kommunalverwaltungsgesetz in Richtung auf größere Autonomie zu verändern, harren noch ihrer Umsetzung.<sup>10</sup>

---

5 Website des Nachrichtensenders NTV, <http://secim2011.ntvmsnbc.com/>, Zugriff 6.10.2012.

6 Website der Zeitung Yeni Gün (Diyarbakir), [http://www.diyarbakiryenigun.net/index.php?option=com\\_content&view=article&id=5916:deerli-tanmazlara-goez-dikerek-sanayici-olunmaz](http://www.diyarbakiryenigun.net/index.php?option=com_content&view=article&id=5916:deerli-tanmazlara-goez-dikerek-sanayici-olunmaz), Zugriff 6.10.2012.

7 Nachrichtenwebsite kinci Cumhuriyet, <http://www.ikincicumhuriyet.org/index.asp?sayfa=basindan-alintilar&icerik=41747>, Zugriff 6.10.2012.

8 Website der Zeitung Taraf, <http://www.taraf.com.tr/haber/turk-e-durmak-yarasmazmis-peh.htm>, Zugriff 6.10.2012.

9 Website des Nachrichtensenders CNN-Turk, <http://www.cnnturk.com/2012/guncel/03/07/tutuklu-gazeteciler-listesi/652085.0/index.html>, Zugriff 6.10.2012.

10 Vgl. den kurdischen AKP-Abgeordneten Galip Ensarioglu auf der Website der Zeitung Taraf, <http://www.taraf.com.tr/nese-duzel-makale-galip-ensarioglu-ocalan-bir-aydir-guclendi.htm>, Zugriff 4.10.2012.

## Ungeklärtes Verhältnis der Regierung zum Militär

Seit Gründung der Republik hielt die alte militärisch-bürokratische Elite eine Vormundschaft über die zivile Regierung aufrecht, deren wichtigstes Instrument das jederzeit mögliche Eingreifen des Militärs in die Politik bis hin zum Staatsstreich war. Der AKP ist es gelungen, diese Vormundschaft ein ganzes Stück weit zurückzudrängen und die früher faktische strafrechtliche Immunität der Generäle aufzuheben. Im so genannten Vorschlaghammer (Balyoz)-Prozess, der Pläne zur Durchführung eines Staatsstreiches zum Gegenstand hatte, waren in den letzten beiden Jahren 365 Personen angeklagt worden, die Mehrzahl von ihnen ehemalige oder aktive Offiziere. 250 der Angeklagten erlebten den Prozess in Untersuchungshaft. Das Verfahren endete am 20. September 2012 in erster Instanz mit der Verurteilung von drei ehemaligen Vier-Sterne-Generälen zu je 20 Jahren Haft. Weitere 78 Personen, darunter erneut drei ehemalige Vier-Sterne-Generäle, wurden zu 18 Jahren verurteilt, und gegen weitere 216 Personen, in der Mehrzahl Angehörige des Militärs, ergingen Urteile auf 16 Jahre Haft.<sup>11</sup> Mit dieser hohen Zahl schwerer Strafen, wurde dem Militär unmissverständlich deutlich gemacht, dass Staatsstrieche nicht länger hingenommen werden. Doch Regierung und Richterschaft haben es versäumt, die Abrechnung mit dem Militär auch dazu zu benutzen, die Justiz, die jahrzehntelang Urteile im Sinne des Militärs gesprochen hatte, von dem Geruch politischer Indienstnahme zu befreien. Das Verfahren weist schwere inhaltliche und materielle Mängel auf und macht deutlich, dass die Justiz sich bei ihren Urteilen immer noch stark an den jeweiligen politischen Machtverhältnissen orientiert.<sup>12</sup>

Wie die Macht zwischen der Regierung und der aktuellen Militärführung allerdings tatsächlich verteilt ist, darüber halten die Spekulationen an. Denn trotz der beeindruckend hohen Strafen, die das Gericht im Balyoz-Verfahren gegen meist im Ruhestand befindliche Generäle erlassen hat, trotz symbolischer Reformen wie die Änderung der Sitzordnung im Nationalen Sicherheitsrat und im Protokoll und trotz der offensichtlichen Zurückhaltung der heutigen Militärführung bei politischen Stellungnahmen: Viele rechtliche und strukturelle Privilegien des türkischen Militärs sind noch immer in Kraft. So untersteht der Generalstab nach wie vor nicht dem Verteidigungsministerium, verfügt die Militärgerichtsbarkeit weiterhin über ein eigenes Kassationsgericht, steht immer noch die Änderung des Paragraphen 35 des Gesetzes über die Aufgaben der Streitkräfte im Inneren an, der von der Militärführung wiederholt als Rechtfertigung für Memoranden und Staatsstrieche ins Feld geführt wurde;<sup>13</sup> übt das Parlament nach wie vor keine wirksame Kontrolle über das Budget des Militärs aus und bleiben die Berichte des Rechnungshofs über die Angemessenheit von Ausgaben des Verteidigungsministeriums, des Generalstabs, der Gendarmerie, des Nationalen Geheimdienstes und der Polizei der Öffentlichkeit weiterhin verschlossen. Von einer effektiven Kontrolle der Armee durch die Regierung ist die Türkei nach wie vor weit entfernt. So war die Regierung in jüngster Zeit nicht in der Lage, in einer Reihe von spektakulären Vorfällen über Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten innerhalb des

11 Unabhängige Nachrichtenwebsite Bianet, <http://bianet.org/bianet/hukuk/141015-dogan-firtina-ve-orneke-20-yil>, Zugriff 6.10.2012.

12 Siehe zu materiellen Mängeln: Unabhängige Nachrichtenwebsite Bianet, <http://bianet.org/bianet/hukuk/140996-balyoz-davasi-nedir>, Zugriff 6.10.2012.

13 Türk Silahlı Kuvvetleri İç Hizmet Kanunu, [www.mevzuat.gov.tr/Metin.Aspx?...1.4..0...](http://www.mevzuat.gov.tr/Metin.Aspx?...1.4..0...), Zugriff 7.10.2012 und Sahin Alpay, Isik Koaner'in itiraflari, Tageszeitung Zaman vom 27.8.2011.

Militärs Aufklärung zu erlangen. Am 28. Dezember 2011 töteten türkische Jets an der Grenze zum Irak 35 regierungstreue türkische Kurden, die sich ihren Lebensunterhalt – mit Kenntnis der örtlichen Kommandantur – durch Schmuggel zwischen den beiden Ländern verdienten. Man habe die Gruppe für einen Trupp der PKK gehalten, hieß es von Seiten des Militärs. Erdogan stellte sich vor die Generäle und beschädigte damit sein Ansehen bei den Kurden schwer. Am 22. Juni 2012 schoss syrisches Militär im eigenen Luftraum einen türkischen Jet ab, der aller Wahrscheinlichkeit nach den Zustand der syrischen Luftabwehr testen sollte. Und am 5. September 2012 starben 25 türkische Soldaten bei der Explosion eines Munitionsdepots. In keinem dieser Fälle gelang es der Regierung, Verantwortliche innerhalb des Militärs zu benennen, geschweige denn, den Gang der Ermittlungen zu kontrollieren. Es fragt sich deshalb, wie groß die Fähigkeit und/oder der Wille der Regierung ist, im Verhältnis zum Militär Rechtssicherheit und Transparenz zu etablieren. Kritiker unterstellen Erdogan, er habe sich für den Erhalt seiner Macht mit der aktuellen Militärführung arrangiert.

### **Erdogans Nahziel: das Amt des Staatspräsidenten**

Zweifel dieser Art haben heute primär jene Kreise erfasst, die die Regierungspartei ungeachtet ihrer muslimisch-konservativen Identität sowohl in der Auseinandersetzung mit dem militärisch-bürokratischen Establishment als auch beim außenpolitischen Lobbying für die Mitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Union unterstützt hatten. Zu denen, die die AKP in diesen Bereichen zumindest punktuell unterstützen, gehört der Großunternehmerverband TUSAD, der einflussreiche liberale Think Tank TESEV, intellektuelle Meinungsführer in Presse und Akademia, Teile der säkularen Frauenbewegung (die sich entgegen ihres eigenen Lebensstils für die Freigabe des Kopftuchs konservativer Frauen engagierten) aber auch Angehörige der heterodoxen Glaubensgemeinschaft der Aleviten und Sprecher der nichtmuslimischen Minderheiten, die für die Besserung ihrer jeweiligen Lage auf die AKP gesetzt hatten. All diese gesellschaftliche Gruppen zeigen sich heute vom Stillstand demokratischer Reformen, von einer zunehmend nationalistischen Rhetorik Recep Tayyip Erdogans und von der immer stärker werdenden Betonung konservativer Moral innerhalb der AKP besorgt. Mehr noch, all diese Gruppen erleben, dass der Ministerpräsident die kulturellen Gräben in der Bevölkerung – die Spannung zwischen muslimisch-Konservativen und Säkularisten, zwischen Sunniten und Aleviten sowie zwischen Kurden und Türken – immer wieder aufreißt, statt für Ausgleich und Verständigung zu werben. Er tut dies mit der Absicht, die türkisch-sunnitisch-konservative Mehrheit der Bevölkerung noch stärker an sich zu binden, um bei der für 2014 anstehenden Wahl des Staatspräsidenten, die erstmals als Direktwahl durchgeführt werden wird, im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit zu erhalten. Zu diesem Zweck hat Erdogan kurz vor dem Vierten Ordentlichen Parteitag der AKP die Vorsitzenden zweier kleinerer Oppositionsparteien des konservativen Spektrums dazu bewogen, ihre Parteien aufzulösen und ihnen als Belohnung dafür die Aufnahme in den Parteivorstand der AKP gewährt. Auf diese Weise machen nun Süleyman Soylu, ehemaliger Vorsitzender der rechtsliberalen Demokratischen Partei (DP) und Nuhman Kurtulmus, Vorsitzender der sozial-islamischen Partei der Stimme des Volkes (HASP) Karriere in der AKP. Der Vorgang zeigt gleichzeitig, wie gering innerparteiliche Demokratie in der AKP entwickelt ist, in der Erdogan alle Entscheidungen trifft.

## Erstmals Unruhe in der Wählerschaft der AKP

Bis zur Volksabstimmung über die Verfassungsänderung am 12. September 2010<sup>14</sup> herrschte unter den Wählern der AKP ein Bild von Erdogan vor, das ihn als mutigen Politiker mit der Vision einer demokratischeren Türkei zeigte. Erdogan galt als Mann, der nicht nur die eigenen Interessen hintanstellt, sondern große persönliche Risiken einzugehen bereit ist. Die heutige, auf das Amt des Staatspräsidenten ausgerichtete Politik Erdogans, der zunehmende Personenkult um ihn in seiner Partei, die Enttäuschung vieler kurdischer Wähler aber auch der vorläufige Zusammenbruch der außenpolitischen Vision der AKP haben erstmals zu einer vorsichtigen Distanzierung der AKP-Wähler von ihrem Idol geführt. Zwar ist er selbst in der Gesamtbevölkerung noch immer mit großem Abstand der populärste Politiker, doch sank sein Wert in dieser Frage von 2011 auf 2012 von 40 auf 34 Prozent.<sup>15</sup> Der Anteil derer, die glauben, die Türkei befinde sich auf dem richtigen Weg, sank im selben Zeitraum von 47 auf 31 Prozent. Wichtiger noch ist, dass die Politik Erdogans selbst unter den Wählern seiner Partei heute weniger Zustimmung findet als früher. Nur noch 46 Prozent der AKP-Wähler glauben, die PKK sei durch militärische Maßnahmen zu beseitigen, eine Politik auf die der Ministerpräsident im letzten Jahr ausschließlich gesetzt hatte. 52 Prozent der AKP-Wähler bezeichnen die Aufklärung der oben genannten Ereignisse innerhalb des Militärs als ungenügend, und über ein Drittel der AKP-Wähler ist mit der jüngsten Bildungsreform nicht einverstanden, die doch gerade konservative Kreise ansprechen sollte. Erstmals zeigt sich über ein Drittel der AKP-Wähler mit der Politik ihrer Partei so unzufrieden, dass sie für die Gründung einer neuen Partei votieren, die eine Alternative zur AKP darstellen müsse. Und nach ihrem Favoriten für das Amt des Staatspräsidenten gefragt, bevorzugt die Mehrheit der AKP-Wähler nicht Premierminister Erdogan, sondern den amtierenden Staatspräsidenten Abdullah Gül. Noch im letzten Jahr hatten sich die Wähler der AKP auch dadurch von den Wählern der beiden Hauptoppositionsparteien<sup>16</sup> unterschieden, dass sie mit ihrer Partei und deren Führung in hohem Maße zufrieden waren. Heute hat ein großer Teil der AKP-Wähler dieses Vertrauen verloren. Sie teilen den zur Schau getragenen Optimismus und die unerschütterliche Selbstsicherheit der Parteiführung nicht mehr, für die Europa in den letzten Monaten häufig nur noch Thema des Spottes war. Zwar glauben nur noch 17 Prozent der Türken, ihr Land werde eines fernen Tages tatsächlich Mitglied der EU,<sup>17</sup> doch öfter als früher hört man die Meinung, dass die Normen und Erwartungen der EU dem Land eine Richtschnur für seine Reformen geben, auf die nicht leichtfertig verzichtet werden sollte.<sup>18</sup>

14 Vgl. Günter Seufert, „Mehr Demokratie oder eine Stärkung religiös-konservativer Kräfte? Das Referendum zur Verfassungsänderung in der Türkei, Stiftung Wissenschaft und Politik“, SWP-Aktuell 75, Berlin 2010.

15 Diese und folgende Angaben nach Özer Sencar et al.; *Siyasal Durum Arastirma 2012*, Metropoll, Ankara September 2012.

16 Die nationalistisch-säkularistische Volkspartei der Republik (CHP) und der türkistischen Partei der nationalistischen Bewegung (MHP).

17 Das sind 9 Prozentpunkte weniger als noch vor einem Jahr, zitiert nach Neva Sadikoglu: „Is the EU still relevant for Turkey?“, TEPAV-Evaluationsnote N201252, Ankara 2012, S. 1.

18 Vgl. dazu Beiträge bekannter Kolumnisten wie Çengiz Aktar, Ahmet Altan, Mehmet Altan, Ahmet Insel, Soli Özel, Çengiz Candar, Sahin Alpay und anderen.

## **Die positive Agenda der Europäischen Union**

Die so genannte „positive Agenda“ der Europäischen Union kommt deshalb zum richtigen Zeitpunkt. Die positive oder „konstruktive Agenda“ der Europäischen Union, die am 17. Mai offiziell gestartet wurde, soll die Reformen der Türkei primär in jenen Gebieten voranbringen, die aus unterschiedlichen Gründen teils vom Europäischen Rat, teils von den Mitgliedsstaaten Frankreich und Zypern blockiert werden.<sup>19</sup> Die Notwendigkeit, Themen wie Justizreform, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte mit Vertretern der EU zu erörtern, steht heute wieder viel deutlicher im Raum als vor dem September 2010, als die innertürkische Reformdynamik noch ungebrochen schien. Die Bereitschaft der EU, die Zollunion nachzuverhandeln, und ihre Ankündigung, der Türkei eine Roadmap für Erleichterungen in der Visumerteilung anzubieten, birgt die Chance in sich, die Europäische Union – zumindest in der Zivilgesellschaft – wieder zum Thema zu machen.

## **Weiterführende Literatur**

- Rebecca Byrant/Christalla Yakintou: *Cypriot Perceptions of Turkey*, TESEV, Istanbul 2012.
- Andrea Despot et al.: *Zehn Jahre Einsamkeit: Zur Überbrückung der Pause im Erweiterungsprozeß der EU sollten dem Westbalkan und der Türkei praktische Integrationsschritte angeboten werden*, SWP-Aktuell 23, Berlin 2012.
- International Crisis Group: *The PKK and a Kurdish Settlement*, Europe Report 219, Istanbul/Brussels 2012.
- Atilla Sandikli/Bilgehan Emeklier: *Possible Effects of the Iranian nuclear Crisis on Turkey*, Bilgesam Report 47, Istanbul 2012.
- Günter Seufert: *Außenpolitik und Selbstverständnis: Die gesellschaftliche Fundierung von Strategie-wechseln in der Türkei*, SWP-Studie 11, Berlin 2012.
- Günter Seufert: *Die türkische Zypernpolitik im Kontext der EU-Ratspräsidentschaft Nikosias*, SWP-Aktuell 38, Berlin 2012.
- Udo Steinbach (Hrsg.): *Länderbericht Türkei*, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2012.
- Nathalie Tocci: *A trilateral EU-US-Turkey Strategy for the Neighbourhood: the Urgency of now*, IAI Working Paper 08, Rome 2012.

---

19 Vgl. dazu den Beitrag von Barbara Lippert in diesem Band.